



Lesen.



Teilen.



Weitersagen.

23. Oktober 2017

## US-Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Die Sanktionen gegen den russischen Energiesektor haben Einfluss auf die europäische Energiepolitik

Anfang August unterzeichnete US-Präsident Donald Trump das Gesetz „Countering Iran's Destabilizing Activities Act of 2017“. Neben dem Iran sind Nordkorea und Russland von den darin beschlossenen Sanktionen betroffen. Diese richten sich gegen den russischen Energieexport. Die Sanktionen sind nicht mit den Westeuropäern abgestimmt, was vor allem in Deutschland zu Kritik geführt hat. Es wird befürchtet, dass nationale und europäische Interessen in Punkto Energiesicherheit beeinträchtigt werden könnten.

### Reaktion auf russische Außenpolitik

Die Sanktionen wurden nahezu einstimmig vom US-Kongress beschlossen und vom Senat bestätigt. Sie sollen Moskau für die Besetzung der ukrainischen Halbinsel Krim, die Unterstützung von Präsident Baschar al-Assad im syrischen Bürgerkrieg und für die mutmaßliche Einflussnahme auf den US-Wahlkampf bestrafen. Zudem sollen sie Präsident Trump in seiner Russland-Politik Grenzen aufzeigen, da ihm eine zu große Nähe zu Moskau nachgesagt wird. Bisher hat Trump allerdings keine neuen Sanktionen definiert. Das hätte er bereits am 1. Oktober tun müssen. Daraufhin forderten einige US-Senatoren vom Präsidenten in einem Brief, die Sanktionen auch praktisch zu verhängen. Trump hatte mehrmals öffentlich seine Ablehnung gegenüber dem Gesetz betont.

Im Zentrum der neuen Sanktionen steht der große Energiesektor des Landes. Bedroht sind internationale Firmen, die am Ausbau und der Modernisierung russischer Energieleitungen beteiligt sind. Das würde auch zahlreiche europäische Unternehmen aus dem Öl- und Gassektor betreffen, die mit Russland traditionell gute Geschäftsbeziehungen haben. So zum Beispiel im Fall der Ostsee-Pipeline Nord Stream. Diese befördert seit 2011 russisches Erdgas durch die Ostsee nach Deutschland. Bis zum Jahr 2019 soll der Bau der parallel verlaufenden Pipeline Nord Stream 2 abgeschlossen sein. An dem Projekt sind neben den deutschen Konzernen Wintershall und Uniper auch die europäischen Partner Royal Dutch Shell, OMV und Engie beteiligt.

### Umstrittenes Projekt Nord Stream 2

Die geplante Pipeline wird im US-Sanktionsgesetz explizit abgelehnt, was von der EU-Kommission und der Bundesregierung heftig kritisiert wird. Auch der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft unterstützt die negative Haltung gegen die Sanktionen. Im Gesetz wird gleichzeitig darauf hingewiesen, dass für die USA der Export seiner eigenen Energieressourcen Priorität haben soll. Dadurch würden die Sanktionen mit eigenen wirtschaftlichen Interessen verknüpft, nämlich dem Export von Flüssiggas um die US-Wirtschaft anzukurbeln. Mit dieser Strategie soll versucht werden die russische Konkurrenz zurückzudrängen. Der Anteil russischer Gasimporte in die EU beträgt etwa 40 Prozent (Stand: 2014). Würde dies umgesetzt, so wäre das nicht nur mit wirtschaftlichen Einbußen für die an Nord Stream 2 beteiligten europäischen Konzerne verbunden, sondern die USA würden somit auch direkt eigene Wirtschaftsinteressen auf dem europäischen Energiemarkt durchsetzen.

In Osteuropa wird Nord Stream 2 mit Argwohn betrachtet. Vor allem Polen fühlt sich durch den Bürgerkrieg in der Ostukraine seit 2014 von Russland bedroht und befürchtet, dass durch die Ostsee-Pipelines eigene Sicherheitsinteressen ausgehebelt werden könnten. Nord Stream 2 könnte Russland die Möglichkeit eröffnen, Polen von der Erdgasversorgung abzuschneiden und somit politisch unter Druck zu setzen. Für Polen würde es in diesem Fall geostrategisch Sinn ergeben, Flüssiggas aus den USA zu importieren. Die unterschiedlichen Interessen bei der Energieversorgung führen in Europa so zu einer Spaltung in zwei politische Lager.

*Verantwortlich für den Inhalt der Handreichung ist das Sachgebiet Sicherheitspolitik, E-Mail: [sicherheitspolitik@reservistenverband.de](mailto:sicherheitspolitik@reservistenverband.de)*